Dienstag, 20. März 1923. **Einzelnummer 250 Mark.** 62. Jahrgang. Nr. 64

Bezugspreis monatlich M.
in der Geschäftsstelle 7600.—
in den Ausgabestellen 7800.—
durch Zeitungsboten 8900.—
am Postamt 8500.—
ins Ausland 10000 poln. M. in deutscher Währung nach Kurs.
Fernsprecher: 2273. 3110.
Tel.-Adr.: Tageblatt Posen.
Postscheckkonto für Polen: Nr. 200283 in Posen.
Postscheckkonto für Deutschland: Nr. 6184 in Breslau.

Posener Tageblatt
(Posener Warte)

Erscheint an allen Werktagen

Anzeigenpreis: f. d. Millimeterzeile im Anzeigenteil innerhalb Polens .... 160.— M. Reklameteil. 480.— M.

Für Aufträge aus Deutschland: Millimeterzeile im Anzeigenteil 160.— p. M., Reklameteil 480.— p. M. in deutscher Währung nach Kurs.

Bei höherer Gewalt Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises

Die Rede des Abgeordneten Naumann.

Die Rede, die der Abgeordnete **Naumann** in der Sejmsitzung vom 15. März in der Angelegenheit der Ansiedler des ehemals preußischen Gebietes hielt, hat folgenden Wortlaut:

Hoher Sejm! Zur Not könnte man wohl dem Antrage beistimmen, daß **Polen** die ihm im **Versailler Vertrag zugestandenen Rechte nicht aufgeben**, und die Regierung **die Rechte nutzen soll**, die Polen **auf Grund des Versailler Vertrages** im Hinblick **auf die Ansiedler** zugestanden wurden.

Nichts anderes haben wir erstrebt, nichts anderes erstreben wir, als daß die Deutschen in Polen nach den Festsetzungen des Versailler Friedensvertrages behandelt werden. Nirgends sagt der Friedensvertrag etwas davon, daß die deutschen Ansiedler in dem ehemals preußischen Teilgebiet einer **Sonderbehandlung** unterworfen werden dürfen. Der Friedensvertrag kennt Deutsche, die das polnische Staatsbürgerrecht besitzen — und die stehen in vollem Genuß der staatsbürgerlichen Rechte. Eine Ausnahmebehandlung darf ihnen gegenüber nach Art. 93 des Friedensvertrages in Verbindung mit dem auf Grund dieses Artikels geschlossenen Minderheitenschutzvertrage nicht Platz greifen. Und weiter gibt es Deutsche, die am 10. Januar 1920 Angehörige des Deutschen Reiches waren. Die dürfen liquidiert — aber eben nur liquidiert werden, d. h. es kann ihnen gegen sofortige volle Schadloshaltung nach einem mit zahlreichen Rechtskautelen ausgestatteten Verfahren ihr Eigentum abgenommen werden. Das sind **die klaren Bestimmungen des Friedensvertrages** und wir wünschen nichts sehnlicher, als daß diese Bestimmungen, die übrigens inzwischen **auch in unserer Verfassung verankert** worden sind, endlich zur Richtschnur der inneren Politik gemacht werden.

Der Sinn des vorgebrachten Antrages ist aber ein anderer. Man gibt vor, daß der Friedensvertrag die deutschen Ansiedler unter **Ausnahmerecht** stelle. **Wir protestieren gegen diese Hypothese mit aller Entschiedenheit.**

Man hat sich zur Rechtfertigung der gegenüber den Ansiedlern betätigten **Expropriierung** auf Art. 92 des Friedensvertrages berufen. Zu Unrecht! Dieser Artikel besagt, daß Polen umsonst und frei von allen Lasten diejenigen Grundstücke und Wälder usw. erwirbt, die schon dem ehemaligen Königreiche Polen gehörten. Um derartige Objekte handelt es sich bei den Ansiedlergrundstücken nicht. Man hat weiter behauptet, daß der polnische Staat nicht verpflichtet sei, die Verträge anzuerkennen, die vom preußischen Staate über Ansiedlungsgrundstücke mit Dritten geschlossen wurden, sofern die Auflassung an die Erwerber noch nicht erteilt ist. Aus dieser Auffassung leitet man das Recht her, die Erwerber kurzer Hand aus den Grundstücken entfernen zu dürfen, und das, ohne ihnen eine Entschädigung zuzubilligen oder unter Festsetzung einer lächerlich geringen Entschädigung, die oft nur dem Werte einer auf dem Grundstücke befindlichen Kuh gleichkommt. **Ein ganz unerhörtes Verfahren!** Wie **die Juristenkommission des Völkerbundes** mit zwingender Logik ausgeführt hat, ist **der Polnische Staat der Rechtsnachfolger des Deutschen Reiches und seiner Gliedstaaten** geworden. Eine Auffassung, die der polnische Staat tausendmal selbst anerkannt hat, denn er hat Jahr um Jahr die in den Verträgen vereinbarten **Renten- und Pachtzinsen** erhoben und er beruft sich alle Tage den Ansiedlern gegenüber auf den und jenen Paragraphen in den **Renten- und Pachtverträgen.** Wenn aber der Ansiedler nach dem noch geltenden deutschen Zivilrecht zweifellos gegen den preußischen Staat einen klagbaren Anspruch auf Auflassung des rechtsgültig erworbenen Grundstücks gehabt hat, so hat er jetzt dasselbe Recht gegenüber dem polnischen Staate. Man hat in der Kommissionsaussprache darauf hingewiesen, daß der preußische Staat mala fide gehandelt hätte wenn er noch nach dem Waffenstillstandsvertrage über fiskalisches Eigentum verfügt habe — gut —, aber dann kann man doch wohl nicht von bona fide auf seiten des polnischen Staates sprechen, wenn er den früheren vom preußischen Staate geschlossenen Verträgen die Anerkennung versagt. Es wird ja gar nicht in Abrede gestellt, daß grundbuchmäßiger Eigentümer der in Betracht kommenden Grundstücke noch der polnische Staat ist. Aber er ist nach geltendem Recht **verpflichtet**, bei diesen Grundstücken **die Auflassung an die Erwerber zu geben.** Es ist nicht erfindlich, wie gegen diese klare Rechtslage amtlicherseits noch angegangen werden kann, nachdem die Juristenkommission des Völkerbundes am 30. September v. Js ausdrücklich in dem von uns vertretenen Sinne votiert hat. Wie der Herr Delegat beim Völkerbunde in der Kommission ausgeführt hat, sind **die Angehörigen jener Juristenkommission** — insbesondere der Vertreter Japans — **besondere Gönner des polnischen Staates.** Eine **Mißachtung ihres Votums** erscheint daher umso bedenklicher.

Die polnische Regierung hat bestritten, daß der Völkerbund in dieser Angelegenheit zuständig gewesen sei. Bekanntlich ist infolge dieses Einwurfs auf Beschluß des Völkerbundes vom 3. Februar 1923 das Internationale Schiedsgericht in Haag um ein Gutachten über die Zuständigkeit des Völkerbundes angegangen worden. Zum mindesten sollte man doch nun zunächst die Abgabe dieses Gutachtens des Höchsten Internationalen Gerichtshofes abwarten. Für uns ist es keinen Augenblick zweifelhaft, daß der Völkerbund befugt und verpflichtet war, zu den Eingaben der Ansiedler und des Deutschtumsbundes Stellung zu nehmen, denn es handelte sich um **eine Minderheitenangelegenheit in des Wortes eigentlichster Bedeutung.** Die Ansiedler sollten **eben als Deutsche**, obwohl sie das polnische Bürgerrecht besitzen, **eine Ausnahmebehandlung erfahren.** Der Zweck dieser Ausnahmebehandlung ist oft genug mit brutaler Deutlichkeit genannt worden. Und auch in diesen Tagen hallt es in der polnischen Presse wider von dem alten Feldgeschrei: „**Entdeutschung des Landes**". Darum geht es ja gerade: Ist der Friedensvertrag und der Minderheitenschutzvertrag — wie man das immer wieder behauptet — für Polen eine **Waffe** zur **Entdeutschung des Landes**, ein Instrument an den deutschen Einwohnern des Landes **Rache** üben zu dürfen für die frühere Germanisationspolitik des preußischen Staates, oder sollte nicht vielmehr der Friedensvertrag und der Minderheitenschutzvertrag den völkischen Minderheiten in Polen und unter ihnen gerade auch den Deutschen die Möglichkeit geben, unbehelligt in der Heimat wohnen bleiben zu dürfen?

Für jeden, der sich zu dem großen Gedanken der internationalen Verträge bekennt, ist die Antwort nicht zweifelhaft.

Wer immer wieder von der **Entdeutschung des Landes** wie von etwas ganz Selbstverständlichem spricht, **der appelliert an die Gewalt!** Das Bekenntnis zur Gewalt ist aber **keine geeignete Basis zur Verständigung.** Wenn Sie, meine Herren, zur Verständigung mit uns kommen wollen — ich darf wohl annehmen, daß der Wille hierzu auf allen Bänken des Hohen Hauses vorherrscht —, dann kann diese Verständigung **nur auf dem Boden des Rechtes** erfolgen. Wir glauben der Verständigung zu dienen, wenn wir den Rechtsgedanken in dem vorliegenden Antrage schärfer hervorheben. Besteht tatsächlich die allgemeine Beunruhigung der öffentlichen Meinung, von der der Antrag spricht, so wird diese Unruhe durch den Antrag, wie er in seinem zweiten Absatze formuliert ist, nicht gebannt, denn die Formulierung läßt es wiederum so erscheinen, als ob tatsächlich der Friedensvertrag als Waffe gegen die Ansiedler benutzt werden könne.

Wir beantragen daher dem zweiten Absatz folgende Fassung zu geben:

„Deswegen verlangt der Sejm von der Regierung, daß sie sich auch gegenüber den deutschen Kolonisten ausschließlich auf den Boden des Friedensvertrages, des Minderheitenschutzvertrages und der Verfassung stelle".

Der Handel mit Auslandsvaluten.

Im „Monitor Polski" ist die Verfügung des Finanzministers vom 11. März über die **Neuregelung des Devisenverkehrs** veröffentlicht. Nach § 5 dieser Verordnung dürfen die seinerzeit angeführten Devisenbanken (vgl. „Pos. Tagebl." Nr. 59, Mittwoch, 14. März) Auslandsvaluten und Devisen an Privatpersonen und Privatfirmen **nur zu folgenden Zwecken verkaufen:**

1. Zur **Deckung von Auslandsverpflichtungen**, die von **legaler Wareneinfuhr** herrühren; die **Beweisstücke**, auf Grund deren die Valuta verkauft wird, müssen der Bank **im Original vorgelegt** werden; falls sie wieder benötigt werden, können sie von der Bank unter der Bedingung zurückerstattet werden, daß auf dem Original der verkaufte Geldbetrag vermerkt wird und die Bank eine beglaubigte Abschrift der Beweisstücke in Verwahrung nimmt.

2. Für die **Leistung von Vorschüssen** zur **Bezahlung legal zugeführter Waren.**

3. Zur Deckung der Kosten für **Expedition und Transport der Waren.**

4. Für die **Abzahlung von Auslandsschulden**, die **aus wirtschaftlich gerechtfertigten Ursachen** entstanden sind.

5. Zur **Bezahlung von Versicherungsprämien im Auslande**, wenn sie sich **aus legalen Versicherungs- und Rückversicherungsverträgen** ergeben.

6. Für **Reisekosten** bis zum Gleichwert von 1000 Schweizer Franken gegen einen besonderen Vermerk auf dem Auslandspaß. Bei **Reisen ins Gebiet der Freistadt Danzig** dürfen nicht mehr als 250 Schweizer Franken einmalig oder ihr Gleichwert gegen einen Vermerk auf dem Personalausweis verabfolgt werden; im letzten Falle darf die Gesamtsumme der im Verlauf eines Monats verkauften Valuten nicht 1000 Schweizer Franken übersteigen.

7. Zum **Unterhalt im Auslande**, wenn der Aufenthalt dort begründet ist, bis zu Gleichwerten von 1000 Schweizer Franken monatlich für die Familie.

8. Für die **Unterhaltung von Auslandsbureaus von Landesunternehmen**, falls ihre Tätigkeit dort vom Gesichtspunkt staatswirtschaftlicher Interessen gerechtfertigt ist.

9. **Für alle anderen begründeten Wirtschaftszwecke**, falls die verlangte Summe nicht 1000 Schweizer Franken oder deren Gleichwert übersteigt.

Für die **Verabfolgung höherer Summen** ist die **vorherige Genehmigung des Finanzministeriums** bzw. der von diesen bestellten Organe erforderlich.

Die Gewährung von Krediten, die in Auslandsvaluten garantiert sind, ist unzulässig. In Ausnahmefällen kann das Finanzministerium Devisenbanken die Erlaubnis zu solchen Operationen geben.

Teuerungsdebatten im Sejm.

In der **Sejmsitzung am Sonnabend** fand zuerst die erste Lesung des Gesetzes über **die Amtssprache im Gerichtswesen und in den Notariaten der Wojewodschaften Posen und Pommerellen** statt.

Abg. **Zymunt Seyda** bedauert, daß dieser für das Posener Gebiet so wichtige Entwurf so spät in den Sejm kam und äußert im Namen seines Klubs den Wunsch, die Regierung möchte sich in Zukunft in dieser Hinsicht einer größeren Sorgfalt befleißigen.

Justizminister Makowski erläutert, daß diese Angelegenheit bisher deshalb zurückgeblieben sei, weil erst seit dem 1. Januar d. Js. das Justizdepartement des westlichen Gebietes liquidiert wurde.

Abg. **Seyda** sagt, daß am 6. Januar d. Js. nur die Lokalübertragung dieses Departements von Posen nach Warschau erfolgte. Soweit die Informationen des Redners reichen, sind diese Gesetzentwürfe bereits im November v. Js. dem Ministerium zugegangen, sie wurden nur hier nicht rechtzeitig erledigt. (**Minister Makowski**: So ist es nicht, ich werde das im Ausschuß aufklären.)

Das Gesetz wird dem Rechtsausschuß überwiesen.

Sodann wurde in dritter Lesung das Gesetz über die **militärischen Unterstützungen**, und in zweiter und dritter Lesung das Gesetz über **die Ausgabe von 6prozentigen Schatzscheinen** angenommen.

Es folgt der **Bericht des Teuerungsausschusses.**

Abg. **Michalak** äußert eine ganze Reihe Bemerkungen in Sachen der Teuerung und schließt seine Rede mit den Worten: „Die Vorlage der **Kommission** befriedigt uns als Konsumenten nicht. Wir sind deshalb für den Antrag der Minderheiten und **verlangen Standgerichte für die Schieber.** Nur diese können erfolgreich sein, nicht aber Geldstrafen, die die Schieber nur verhöhnen."

Der außerordentliche Kommissar zum Kampf mit der Teuerung, **Hartleb**, führt aus, daß das Teuerungsproblem mit der Wirtschaftskrisis des Landes eng verbunden ist und zusammen mit allen Unzulänglichkeiten des Staates geheilt werden müsse. **Polen kann zu einem der reichsten Länder Mitteleuropas werden, wenn es sich selbst zu ernähren verstehen wird.** Heute kehrt die Erscheinung der **Lebensmitteleinfuhr** zurück. Man beginnt mit der **Einfuhr von Mehl und Fett**, nicht deshalb, weil in Polen Mangel daran herrscht, sondern **weil die Preise dieser Produkte in Polen höher sind als in Amerika.** Polen hat genügend Lebensmittelvorräte und ich bin damit einverstanden, daß es solche ausführt, jedoch erst dann, wenn seine inneren Bedürfnisse gedeckt sein werden. Solange dieses nicht der Fall ist, muß die Ausfuhr verboten werden. Zu den Artikeln, deren **Ausfuhr unbedingt verboten** ist, gehören: **Roggen, Weizen, Hafer, Pferde, Soda, Fleisch und Fleischwaren.** In diesen Tagen boten uns ausländische Kommissionäre Getreide um 10 Prozent billiger an als nach der Posener Börse. Die Regierung hat die Absicht, von diesem Angebot Gebrauch zu machen. Heute müssen die kleinen Landwirte Getreide verkaufen, während die Speicher und Lager angefüllt sind und deren Besitzer auf die Erhöhung der Preise oder auf Ausfuhrgelegenheiten warten. Das Signal des freien Handels, das seinerzeit so laut verkündigt wurde, hat enttäuscht und dazu geführt, daß wir ein Übermaß an Lebensmitteln besitzen, der Konsument aber das notwendige Quantum nicht beschaffen kann. Hier muß die Regierung intervenieren. Auf dem Kerceliplatz verkaufen die Arbeiter ihr letztes Kissen. In der nächsten Woche wird das Justizministerium einen Antrag auf **Ausdehnung der Standgerichte auf die Schieber** einbringen.

Der Redner appelliert zum Schluß an den Sejm, er möchte begreifen, daß die Regierung **den Städten zu Hilfe eilen muß, da sie vor dem Ruin stehen.** (Bravo!)

Abg **Pluta** sagt, daß die **Dörfer** unter der Teuerung **mehr zu leiden** haben als die Städte. Es solle zur Tagesordnung übergegangen werden. Dieser Antrag wird bei der Abstimmung abgelehnt.

Abg. **Poniatowski** bringt verschiedene Resolutionen ein.

Angenommen wird u. a. der **Antrag Knothe**, der die Regierung auffordert, **den Zustrom der Ausländer aufzuhalten** und die bereits eingetroffenen abzuschieben, sowie fünf Resolutionen des Abg. **Gdyk.**

Infolge der sichtlichen Langeweile wird der folgende Punkt auf die nächste, am Dienstag stattfindende Sitzung verlegt.

Die Dringlichkeit des Antrages des Nationalen Volksverbandes in Sachen einer **Änderung der Methoden des Kampfes mit der Teuerung und der Arbeitslosigkeit** wird abgelehnt und der Antrag dem **Industrie- und Handelsausschuß überwiesen.**

*

Ukrainische Kundgebungen in Lemberg.

In Lemberg fand am Sonntag in der unierten St. Georgskathedrale ein Gottesdienst statt, den der päpstliche Visitator Genocchi zelebrierte. Nach der Predigt hielt der Abg. **Luckiewicz**, der in der Freitagssitzung des Sejm die bekannten Lärmszenen hervorgerufen hat, **eine aufreizende Ansprache** an die Versammelten, unter die **Flugblätter** mit der Aufschrift: „**Ukrainisches Revolutionskomitee**" verteilt wurden. Nach der Ansprache Luckiewiczs wurde ein **Umzug** durch die Stadt veranstaltet. In der Menge wurde das Lied „Ne pora, ne pora" gesungen. Die **Polizei**, die **mit Steinen beworfen** wurde, ließ sich nicht provozieren, sondern nahm gegenüber den Demonstranten eine **ruhige Haltung** ein. Einige Polizisten wurden **verwundet.** Zehn Personen wurden **verhaftet**, darunter **einige Frauen**

Die Warschauer Studenten gegen den numerus clausus.

Während sich die Posener Studentenschaft zu einem bestimmten Teil **für** die Einführung des numerus clausus in bezug auf die jüdischen Studierenden erklärt hat, sieht die Warschauer akademische Jugend, wie aus einer Erklärung hervorgeht, zu einem großen Teile den Grundsatz des numerus clausus als **mit dem Geist und dem Buchstaben der Verfassung**, die allen Bürgern ohne Unterschied der Nationalität völlige Gleichheit vor dem Gesetz gewährleistet, **im Widerspruch** stehend an. Seine Einführung berge die **Gefahr eines Nationalitätenkampfes** in sich. Ein solcher Kampf aber setzt das ethische Niveau herab und schwächt die innere Festigkeit des Staates.

Die Ostgrenzenfeiern in Krakau.

In Krakau fand am Sonnabend um 5 Uhr nachmittags anläßlich der Pariser Entscheidung über die polnischen Ostgrenzen in der Waweler Kathedrale ein Dankgottesdienst statt, dem eine Truppendefilade vor dem Wawelschloß folgte. Die Stadt war mit Staats-

und Stadtflaggen geschmückt. Der Rektor der Jagiellonischen Universität in Krakau hat an den Ministerpräsidenten folgende Depesche gerichtet: „Im Namen der Jagiellonischen Universität gebe ich meiner Freude über die bedeutsame Entscheidung Ausdruck, die nicht nur ein Werk der internationalen Gerechtigkeit, sondern zugleich ein Erfolg unseres Vaterlandes ist.

Ostgrenzenfeier in Warschau.

In Warschau fand am Sonntag anläßlich der Entscheidung des Botschafterrates ein „Tedeum" in der St. Johannes-Kathedrale statt, das vom Kardinal Kakowski zelebriert wurde. Außerdem wurde die Anerkennung der Ostgrenzen Polens durch Truppenvorbeimarsch, Umzug von Innungen und anderen sozialen Organisationen und durch eine Festvorstellung in der Warschauer Oper gefeiert.

Kowno erhebt Einspruch gegen die Anerkennung der Ostgrenze Polens.

Aus London wird gemeldet, daß der Vertreter Kowno-Litauens im Foreign Office gegen die Anerkennung der Souveränität Polens über das Wilnaer Gebiet protestiert hat, da der Beschuß des Botschafterrates nicht dem Geiste des Versailler Vertrages und auch nicht dem Völkerbundsstatut entspreche.

Verstärkte Rückwanderung aus dem Osten.

Nach dem „Przeglad Wieczorny" ist zum Beginn des Frühjahrs mit einem Anwachsen der Rückwanderung aus dem Osten zu rechnen. Die Zahl der Rückwanderer aus Rußland nach Polen wird auf 400 000 geschätzt. Die zuständigen Behörden haben bereits entsprechende Maßnahmen zur Durchführung der Rückwanderung getroffen.

Polens Zulassung zum Memeler Hafen.

Das Memeler Blatt „Baltas" meldet, daß Polen und andere Staaten trotz der Unterzeichnung der Memeler Konvention durch die litauische Regierung nur dann von Litauen zum Memeler Hafen zugelassen werden sollen, wenn sie mit allen Bewohnern des Memeler Bezirkes in Frieden leben werden. Solange Polen das Suwalki-Abkommen nicht erfüllt und keinen Frieden mit Litauen abschießt, soll es zum Memeler Hafen nicht zugelassen werden.

Die Tätigkeit der Devisenbanken und die Valutabörse.

In der Devisenkonferenz mit Vertretern der Warschauer Devisenbanken, die im Finanzministerium stattfand, wurden mehrere Fragen erörtert, die sich aus den neuen Maßnahmen des Finanzministers ergeben. Vor allem wurde die Frage besprochen, ob die Zahl der Devisenbanken genüge. Hierüber waren die Meinungen der Teilnehmer geteilt. Einige Bankvertreter erklärten, daß die Devisenbanken gegenwärtig mit Valutaaufträgen überlastet seien. Diese Überlastung wird mit der Notwendigkeit erklärt, daß die Banken mit dem Charakter der Operationen und der Finanzlage neuer Klienten sich näher bekannt machen mußten. Eine Erweiterung der Rechte der Devisenbanken auf weitere Stadtfilialen in Warschau und auf Provinzfilialen würde die Warschauer Banken vornehmlich entlasten. Man besprach auch die Frage der Änderungen in der Valutabörsenorganisation. Die Teilnehmer erklärten, daß die Umlegung der Börsenstunden auf 1 bis 2 Uhr nachm. den Operationen an der Warschauer Börse ruhigeren Charakter geben und der Spekulation auf Grund der Verschiedenheit der Kurse Warschau und Danzig Einhalt gebieten würde.

Dąbal in Rußland.

Dąbal hat bereits russisches Gebiet betreten. Die Ankunft Dąbals, Lauers und anderer Kommunisten in Moskau wird für heute Montag, erwartet.

Stimmungsumschwung in Frankreich?

Aus Berlin wird gemeldet: Ein soeben aus Paris zurückgekehrter Deutscher, ein Großbankier, berichtet daß die Stimmung in Frankreich nicht nur im niederen Volke, sondern auch in weiteren Schichten aller Kreise von Tag zu Tag kriegsmüder werde und daß ein immer schärferer Wille gegen Poincarés Gewaltpolitik sich wende. Ausgenommen hiervon sind eigentlich nur die Mitglieder des „Comité des Forges". Er habe in Paris die feste Ueberzeugung gewonnen, daß Frankreich, wenn Deutschland noch vier bis sechs Wochen in seiner passiven Resistenz ausharrt, seine Niederlage an der Ruhr eingestehen und zum Rückzuge an der Ruhr gezwungen sein müsse.

Frankreich protestiert gegen die Stützung der deutschen Währung.

Die französische Abordnung der Reparationskommission soll gegen die Ausgabe der deutschen Dollarschatzanweisungsanleihe Einspruch erhoben haben, mit der Begründung, den Alliierten stehe auf Grund des Diktates von Versailles eine Generalhypothek über sämtliche deutschen Einnahmequellen zu. Frankreich zeigt aber gar kein Interesse, die deutsche Währung gestützt zu sehen und Deutschland reparationsfähiger zu machen. Es will nur unter Mißbrauch der Reparationskommision der deutschen Regierung eins ihrer Abwehrmittel aus der Hand schlagen.

Wiederbeginn der französischen Militärkontrolle in Deutschland.

Nachdem die französischen und belgischen Kontrolloffiziere in Deutschland bis zum 15. März auf Rat der deutschen Regierung Zurückhaltung geübt haben, und einzelne Kontrollhandlungen durch englische und italienische Offiziere ausgeübt wurden, hat jetzt General Nollet erklärt, daß fortan die bisher geübte Zurückhaltung aufgegeben werden soll und die französischen und belgischen Offiziere teilweise sogar in Uniform sich wieder an der Kontrolle beteiligen sollen. Dieser Beschluß bedeutet eine Herausforderung und kann leicht zu Zwischenfällen führen. Aber Poincaré will ja gerade, daß sich der passive Widerstand in einen aktiven verwandelt.

Sinnloser Mord.

Um die elfte Abendstunde des 3. März überfiel eine französische Patrouille von fünf Mann, geführt von einem gut deutsch redenden elsässischen Zivilisten die Polizeiwache in Essen-Frohnhausen auf der Suche nach Schupobeamten. In dem Augenblick, als die französische Patrouille vor dem Hause auftauchte, war der dort wohnende Registraturbeamte Löwe eben im Begriff, die Haustür aufzuschließen. Als die Franzosen ihn erblickten, sagte der die Patrouille führende Zivilist: „Das ist auch einer davon." Er meinte nämlich: ein Schupobeamter. Kaum waren die Worte gefallen, als auch schon der Franzose die Waffe auf den Justizbeamten richtete. Der Schuß krachte, und tödlich getroffen brach der Beamte zusammen. Seine Gattin stürzte mit dem Angstruf: „Mein Mann, mein armer Mann!" die Treppe herunter, um den Schwerröchelnden in ihre Arme zu schließen. Nach Verlauf einer Stunde war Löwe seinen Verletzungen erlegen.

Die Mörder verhaften die Zeugen.

Noch dreht sich in Buer alles um die Untersuchung über die Tötung der beiden französischen Offiziere. Die deutschen Vernehmungen sind abgeschlossen und, wie bekannt, bestätigen lückenlose Aussagen einwandfreier Zeugen, daß französische Alpenjäger die Mörder der Offiziere waren, die sie wegen Überschreitung des Zapfenstreichs zur Rede stellten. Aber französischerseits gehen die Untersuchungen weiter, weniger in ihren eigenen Reihen, wo sie Erfolg haben könnten, sondern Deutsche werden vor das Forum der französischen Kriminalbeamten geschleift, wo in den Bahnen mittelalterlicher Inquisitionen und mit gallischer Roheit und Verschlagenheit vorgegangen wird. Es gibt nichts Einfacheres als diese französische Methode der Untersuchung: Die Ankläger werden zu Angeklagten gemacht. Seit Tagen sitzen drei Deutsche, die größten Belastungszeugen für die französischen Mörder, hinter Schloß und Riegel, nämlich der Bergmann Winking, der Gastwirt Sandmann und der Bergschüler Enge. Winking, der unmittelbar nach der Tat aus dem gegenüberliegenden Restaurant auf die Straße trat und die Alpenjäger vom Tatort fliehen sah, ist den Franzosen durch seine bestimmte Aussage ein Dorn im Auge. Sie können seine Aussage nicht erschüttern und greifen zur plumpen List. Gestern mittag erschienen französische Kriminalbeamte und Soldaten in der Wohnung des in Haft befindlichen Winking und sagten seiner Frau, ihr Mann habe die Tat bereits eingestanden, sie möge den in der Wohnung befindlichen Revolver, mit dem die beiden Offiziere erschossen seien, herausgeben. Die ahnungslose Frau erklärte aber, daß ihr Mann unmöglich der Täter sein könne und niemals einen Revolver besessen habe. Die Franzosen durchsuchten die Wohnung, ohne jedoch eine Waffe oder irgend etwas Belastendes zu finden.

Mord auf Mord.

In einer Gastwirtschaft zu Karthaus bei Trier verlangte am Mittwoch abend ein französischer Offizier, der sich in Begleitung von Marokkanern befand, die Räumung des Lokals, obwohl die Polizeistunde noch nicht eingetreten war. Als ihm ein Eisenbahner erwiderte, es sei noch keine Polizeistunde, wurde er von dem Offizier zunächst mit der Reitpeitsche niedergeschlagen und dann kurzerhand erschossen. Dem Bürgermeister gegenüber wurde zunächst die Herausgabe der Leiche verweigert, später allerdings zur Beerdigung freigegeben.

Am 14. März wurde in Recklinghausen in der Nähe der Zeche Blumenthal der Bergmann Hoffmann grundlos von französischen Soldaten erschossen.

Furcht vor der Verbreitung der Wahrheit.

In Buer wurden infolge eines der Stadtverwaltung übergebenen Befehls, nach dem die Brieftauben an die Besatzung abzuliefern sind, sämtliche Brieftauben abgeschossen.

Die „verächtliche Neutralität" Englands.

Mit Ausnahme der „Morning Post" (extrem konservativ) und des „Daily Telegraph", hat die gesamte Londoner Presse das Wort: „verächtliche Neutralität", dessen Autor der Kölner „Times"-Korrespondent ist, an die Stelle der „wohlwollenden Neutralität" gesetzt. Trotz der Einigung, die zwischen dem englischen General Godley und dem General Payot über den Verkehr französischer Militärzüge durch die britische Zone getroffen wurde, ist die Stimmung nicht besser geworden. „Sunday-Expreß", ein Organ des Lord Beeverbroke, schlägt einen so deutlichen Ton des Unbehagens und der Gereiztheit gegenüber Frankreich an und betont, daß die Börsenkreise sichtlich unter dem Eindruck dieser verschlechterten Aussichten auf eine englische Intervention stehen und den Frank drücken. Die schlechte Stimmung wird dadurch besonders verschärft, daß englische Kaufleute bei dem Handelsamte vorstellig geworden sind, um die rücksichtslose Behandlung durch die französischen Paß- und Zollstellen ins rechte Licht zu rücken. „Westminster Gazette" berichtet über diesen Schritt, daß die Kaufleute erklärten, man verachte den Engländer am Rhein, weil er sich von den Franzosen erniedrigen lasse. Ein Funktionär des Amtes sagte eine Untersuchung der Vorfälle zu, unter denen insbesondere die Nichtigkeitserklärung englischer Personalausweise seitens französischer Offiziere ungünstig berührte.

„New Sozialist", das Organ Ramsay Macdonalds, bezeichnet die Haltung Englands als unwürdig, stellt fest, daß das Inselreich von den Franzosen der Verachtung preisgegeben werde. Das Blatt bespricht die auf der Brüsseler Konferenz von Poincaré und Theunis ins Auge gefaßten administrativen Abtrennungspläne und den geplanten Rechtsbruch einer Losreißung des Saarlandes ohne Volksabstimmung. „Wenn England diese Annexionssucht der Franzosen zuläßt, so können wir unsere Rolle in Europa für erledigt ansehen," schreibt Macdonald. Nach der Meinung des Führers der Arbeiterpartei steht England am Scheidewege. Wenn es nicht seine Stimme erhebt, um der Vergewaltigung Deutschlands durch die französische Armee entgegenzutreten, so verfällt es der Erniedrigung.

Tiefes Unbehagen.

Lord Robert Cecil und das Arbeiterparlamentsmitglied Clynes hielten in einer Versammlung des Rates der Völkerbundsvereinigung in London, in der fast tausend Zweigstellen der Vereinigung vertreten waren, Reden über die dringenden Fragen der britischen Außenpolitik, insbesondere im Zusammenhang mit der Ruhrbesetzung. Lord Robert Cecil erklärte, er bedaure sehr den Einmarsch ins Ruhrgebiet aus vielen Gründen, aber besonders deshalb, weil er eine starke nationalistische Erregung in den betreffenden Ländern hervorgerufen habe. Frankreich widerstrebe, genau zu erklären, warum es im Ruhrgebiet sei. Der erste wesentliche Punkt sei, daß die drei betroffenen Parteien vor die Öffentlichkeit treten, um genau zu erklären, was sie wollen. Er glaube daß in Frankreich tiefes Unbehagen herrsche.

40 Franzosen getötet!

Unfall eines Militärtransportzuges.

In der Nähe des Bahnhofes Friemersheim a. Rh. stieß ein französischer Militärtransportzug mit einer von den Besatzungstruppen geführten Lokomotive zusammen. Die Wagen des Militärtransportzuges fuhren infolge der Geschwindigkeit vollständig ineinander. Die Unglückstätte wurde in weitem Bogen von den Besatzungstruppen abgesperrt. Wie verlautet, sind etwa 40 französische Militärpersonen getötet und viele schwer verletzt. Die aus dem Transportzuge befindlichen Pferde ragen aus dem teilweise aufeinander gefahrenen Wagen verstümmelt heraus. Die Unfallstätte bildet ein großes Trümmerfeld.

In der Nähe von Niederlahnstein haben sich gestern kurz hintereinander nicht aufgeklärte Eisenbahnunfälle zugetragen. In der Nähe der Station Friedrichsiegen fuhr ein von Franzosen geführter Güterzug auf einen Rangierzug so daß die Strecke für längere Zeit gesperrt ist. Zwischen den Stationen Ober- und Niederlahnstein stießen zwei von französischen Eisenbahnern geführte Rangierzüge zusammen, wodurch ebenfalls die rechtsrheinische Strecke für längere Zeit gesperrt sein dürfte.

Attentat auf den rheinischen Separatisten Smeets.

Gegen den Führer der rheinländischen Separatisten, Joseph Smeets, wurde ein Revolverattentat verübt, bei dem Smeets selbst durch einen Revolverschuß in den Kopf schwer verletzt und sein Schwager, der bei ihm als Sekretär arbeitet, getötet wurde. Der Täter ist entflohen.

Das Attentat erfolgte Sonnabend abend um 7½ Uhr in den Redaktionsräumen der „Rheinischen Republik". Ein unbekannter Mann kam in die Redaktion und gab sofort nach Überschreiten der Schwelle Schüsse aus einem Revolver ab. Smeets und sein Sekretär brachen zusammen und wurden ins Hospital überführt. Der Sekretär ist seinen Verletzungen erlegen. Auch am Aufkommen Smeets wird gezweifelt.

Der heilige Berg.

Roman von Wilhelm Hagen.

(50. Fortsetzung.) (Nachdruck untersagt.)

„Wem sind Sie begegnet?" forschte Frau Emma.

„Einem Grafen Broighem," lautete der Bescheid, „der unten im Hotel wohnt."

Da wußte die Freundin genug und ging Ruth nach in die Hütte.

Auf einem Stuhle sitzend, die Augen ins Leere gerichtet, fand sie sie und beugte sich voll treuer Besorgnis über sie.

„Was ist denn nur mit einem Male wieder?" drang Frau Emma mahnend in Ruth. „Ich höre, Du bist dem Grafen Broighem begegnet und hast mit ihm gesprochen."

„Ja!" nickte Ruth. „Aber Du brauchst Dich nicht zu sorgen, denn nun wird alles gut werden."

„Ich verstehe Dich nicht," erwiderte die Freundin.

„Der Graf wird demnächst abreisen," erklärte Ruth. „Bevor er geht, werde ich noch einmal ins Hotel gehen zum Rauchen. Dann wird er auf immer aus meinem Leben entschwinden. Und mit ihm wird ein Zauber von mir weichen."

Da griff Frau Emma mitfühlend nach Ruths Hand. „Muß es sein, Ruth, daß Du noch einmal zu ihm gehst?"

Ruth nickte ernsthaft. „Es muß sein! Ich muß das noch einmal durchkosten, bevor ich auf immer darauf verzichte!"

„Und wann wirst Du gehen?"

„Wenn Rudolf zurück ist, und ich werde es ihm vorher sagen," versprach sie.

Frau Emma kannte Ruth gut genug, um zu wissen, daß sie an derart vorgefaßten Entschlüssen nichts mehr änderte. Sie verzichtete also darauf, noch weiter in die Freundin zu dringen, und bat sie nur, wieder mit ihr vor die Hütte zu kommen, damit ihre Abwesenheit nicht auffalle.

Es schien, als wäre mit dieser kurzen Aussprache der Bann von allen genommen; Ruth zwang sich fortab zu einer gewissen heiteren Gelassenheit, und die andern gingen mit Freuden auf ihr Plaudern ein.

So endete der Abend kurzweiliger als er begonnen hatte.

Die Nacht und den kommenden Morgen verbrachte sie in gespannter Erwartung Fernleitners, der gegen Abend müde aus München zurückkam.

„Hast Du Dein Versprechen gehalten, Ruth?" war sein erstes Wort, als er der Drahtseilbahn entstieg.

Sie nickte stolz. „Ich bin nicht im Hotel gewesen!" berichtete sie. „Aber ich habe Broighem getroffen!"

„Er war bei Dir?" forschte Fernleitner argwöhnisch.

Sie schüttete vereinend den Kopf. Wir trafen ihn oben im Hochwald, als wir nach dem Gletscher gingen. Er reist demnächst ab für immer."

„Er reist ab?" fragte Fernleitner mit einem Aufzucken tiefster Freude.

Ruth nickte. „Er reist schon in ein paar Wochen ab. Aber vorher," bat sie, „will ich noch einmal zu ihm gehen und rauchen!"

Ein tiefer Schatten senkte sich auf sein Antlitz. „Muß das sein?" fragte er wie am Tage vorher Frau Emma.

Sie nickte. „Nur so kann ich frei werden von dem Zauber," versicherte sie. „Es lebt noch immer ein Verlangen danach in mir, und nur, wenn ich ihn noch einmal durchkostet habe, bevor Broighem geht, werde ich ihn auch gern und völlig vergessen können."

Fernleitner erwiderte nichts. In seinem Herzen war die ganze quälende Sorge wieder aufgewacht, die nur einige Zeit geschwiegen hatte. Er war sich auch nicht klar darüber, was er beginnen sollte. Eine innere Stimme sagte ihm, daß er Ruth, wenn nötig, mit Gewalt davon abhalten sollte. Anderseits aber war er halb geneigt, ihrem Verlangen nach einem letzten Genuß des Giftes zu willfahren, wenn sie sich dadurch, wie sie sagte, von seinem Zauber befreien konnte.

So vergingen die nächsten Tage in einer gewissen Spannung und gegenseitigen Gereiztheit; jedes vermied, an dem heiklen Punkt zu rühren, und doch wußte jedes, daß sich das ganze Fühlen und Denken des andern einzig darum drehte.

Einige Tage bewachten und belauerten sie sich gegenseitig, als gälte es, die heimlichen Sehnsüchte des andern auszuspähen. Dann griff Fernleitner eines Abends nach Büchse und Jagdstock, um auf den Anstand gegen die Hirsche zu gehen, die bei beginnendem Herbst die Täler füllten.

Ruth ließ ihn wortlos gehen; sie wußte, daß er ihr an diesem Abend Gelegenheit gab, ihrem Wunsche nachzugeben, und wieder schrieb sie ihm einen Zettel zum Abschied:

„Ich bin ins Hotel gegangen, wo ich mir ein Zimmer geben lassen werde. Ich komme morgen im Laufe des Tages zurück. Sorge Dich nicht und suche auch nicht nach mir, denn Du weißt: es ist das letztemal. Morgen abend bin ich wieder bei Dir!"

XVI.

Als Ruth im Hotel dem Grafen gegenüber stand, gewahrte sie auf seinem Antlitz wieder jenes hochmütige, mokante Lächeln, das sie schon einmal so heftig irritiert hatte.

„Narrt mich ein Traum," begrüßte er sie spöttisch, „oder ist es Wirklichkeit? Ruth Marlow trotzt dem Befehle ihres Gewalthabers und kommt zu mir?"

„Wenn es Ihnen unangenehm ist," erwiderte sie gereizt, „dann brauchen Sie es nur zu sagen!"

Da lenkte er ein: „Ich wüßte nicht, was mir angenehmer wäre! Aber kommen wir zur Sache: Sie wollen rauchen?"

Sie nickte. „Oder muß ich wirklich erst kniefällig darum bitten?"

Er lächelte. „So wörtlich war das nicht zu nehmen! Aber eine Gegenbitte habe ich allerdings auch!"

„Und die wäre?" erkundigte sie sich.

(Fortsetzung folgt.)

Lokal- u. Provinzialzeitung.

Posen, den 19. März.

Nochmals die Preisgestaltung für Getreide.

In der Nummer 61 unseres Blattes brachten wir eine Äußerung des Vorsitzenden der hiesigen Getreidebörse über die Ursache des Fallens des Roggenpreises. Hiernach ist der Preisrückgang erstens auf den Mangel an Bargeldmitteln bei den Mühlen und zweitens auf den Getreideüberschuß in Kongreßpolen zurückzuführen, der so groß sein soll, daß noch Quanten zur Ausfuhr frei stehen.

Wir erfahren nun von fachmännischer Seite, daß der Preisrückgang in der Tat in erster Linie und wohl auch fast ausschließlich auf den großen Mangel an Zahlungsmitteln zurückzuführen ist. Dieses charakteristische Merkmal zur Beurteilung unserer gegenwärtigen katastrophalen Wirtschaftslage ist so groß, daß bekanntlich der größte Teil unserer Großindustriellen aus Mangel an Barmitteln nicht mehr in der Lage ist, ihre Arbeiter voll zu entlohnen und deshalb Entlassungen und Feierschichten eintreten lassen müssen.

Von einem Überschuß oder auch nur ausreichenden Getreidevorräten in Großpolen kann aber keinesfalls die Rede sein. Dieser Tatsache Rechnung tragend, hat die Regierung gerade in vergangener Woche 50 Milliarden zum Ankauf von Nahrungsmitteln im Ausland zur Verfügung gestellt, von welcher Summe allein ein Betrag von 20 Milliarden für Getreidekäufe bestimmt wurde. Keine Regierung wird ihre Handelsbilanz ohne Not auf solche Weise verschlechtern. Es ist ja auch bekannt, daß bereits die ersten Sendungen amerikanischen Mehls in Danzig eingetroffen sind.

Ferner hat der Verband polnischer Getreidekaufleute zu der Erklärung des Vorsitzenden der Posener Getreidebörse folgendermaßen Stellung genommen:

Der allgemein mit großer Befriedigung aufgenommene Rückgang der Getreidepreise ist in erster Linie dem energischen rückhaltlosen Getreideausfuhrverbot zuzuschreiben. Keinesfalls teilen wir die Meinung des Herrn Wajszyński, daß auf dem Markte Überfluß an Brotgetreide sein soll, wofür der beste Beweis der Befehl der Regierung ist, die weitere Ausfuhr des Getreides, das sich bereits in Danzig befand, anzuhalten. Die Landwirtschaftskorporation in Warschau und die mit ihr verbundenen drei Handelsinstitutionen in Posen, die die Ausfuhrerlaubnis hatten, sind begreiflicherweise darüber unzufrieden und bemühen sich, den Schwerpunkt auf Nebenursachen, wie z. B. den Bargeldmangel usw. zu verschieben. Die organisierte, ihrer Verantwortlichkeit bewußte polnische Getreidekaufmannschaft, kann sich damit nicht einverstanden erklären.

Trügerische Wetterprophezeiungen.

Professor Wilhelm Klinkerfues, der ehemalige Direktor der Göttinger Sternwarte und derjenige, der die ganzen Wetterprophezeiungen als erster auf eine wissenschaftliche Grundlage gestellt hat, antwortete dem Schreiber dieser Zeilen am Sonntag nach Ostern des Jahres 1879 auf dessen Frage, was für ein Wetter zwei Tage später sein würde: „Behalten wir die Winde, die heute wehen, dann haben wir übermorgen dasselbe Wetter; wenn nicht, dann ändert es sich.“ Der große Gelehrte wollte damit sagen, daß die ganze Wetterprophetie eigentlich doch noch auf recht schwachen Füßen steht. Und in den 44 Jahren, die inzwischen verflossen sind, scheint sich hinsichtlich des Eintreffens der Wetterprophezeiungen auch noch nicht viel gebessert haben. Jeder Leser erinnert sich, daß uns Wetterpropheten für den laufenden Monat eine ununterbrochene Reihe schöner, warmer Frühlingstage in Aussicht stellten. Und wie ist's in Wirklichkeit? Statt des Frühlingswehens verspürten wir nur eisigen Hauch, sahen wiederholt Frau Holle bei der Tätigkeit. Und heut noch, zwei Tage vor dem kalendermäßigen Frühlingsanfang, hatten wir nachts 3 Grad Cels. Kälte. Infolgedessen waren heute morgen die Wasserpfützen mit einer dichten Eisschicht, Bäume, Dächer, Zäune und Sträucher mit einer dicken Reifschicht überzogen. Das Streben der Wetterpropheten, der Natur in den feinen Mechanismus ihres Waltens zu schauen, scheitert oft noch an der menschlichen Unzulänglichkeit. Klinkerfues wußte das; er hatte sich das Wort aus dem „Faust“: „Es irrt der Mensch, so lang' er strebt“ zum Wahlspruch gemacht. hb.

Ein Tanzabend.

Im Saale des Apollotheaters hatte das für Sonntag abend angekündigte Auftreten der Primaballerina Nina Kirsanowa vom Großen Theater in Petersburg und von der Großen Oper in Moskau zusammen mit dem Ballettmeister Alexander Fortunato vom Großen Theater in Petersburg das Publikum so zahlreich angelockt, daß die Sitzplätze nicht ausreichten und viele Damen und Herren sich mit Stehplätzen „immer an der Wand lang“ begnügen mußten. Die Erwartungen, die man auf die Darbietungen der beiden russischen Kapazitäten auf dem Gebiete der Tanzkunst gesetzt hatte, wurden, wie der stürmische Beifall bewies, restlos erfüllt, und in der Tat zeigte sich die Primaballerina mit ihrer ausgezeichneten Kunst so recht in ihrem Element, der Ballettmeister erwies sich in den Zusammentänzen — um solche handelte es sich fast ausschließlich — als ebenmäßiger Partner. Getanzt wurden Kreislers „Liebespein“ und „Liebesfreude“, spanische Tänze, ein Charaktertanz usw. Den choreographischen Darbietungen entsprach aber keineswegs die musikalische Begleitung durch Flügel und Violine. Zunächst sollte die Leitung des Apollotheaters doch nun endlich einmal daran gehen, den Flügel durch einen Fachmann abstimmen zu lassen und ihm damit die Möglichkeit nehmen, immer wieder unerhörte Attacken auf die Nerven der Zuhörer vorzunehmen. Aber auch die musikalischen Begleiter selbst hätten sich technisch mehr auf der Höhe zeigen müssen. Im ersten spanischen Teil vermochten sie dem Furioso-Tanze der Volksmusik so wenig gerecht zu werden, daß sie den ganzen Tanz umgeworfen hätten, wenn das Tanzpaar selbst nicht so sattelfest gewesen wäre. hb.

Ein 80-Millionendiebstahl.

Am Sonnabend abend wurde im Hause ul. Trzeciego Maja 5 (fr. Theaterstr.) in einer Privatwohnung ein Einbruchsdiebstahl verübt und dabei eine Diebesbeute gemacht, wie sie in dieser an großen Einbruchsdiebstählen gar nicht armen Zeit bisher in Posen noch nicht in gleichem Umfange gemacht worden ist. Es wurden von den Einbrechern außer verschiedenen Kleidungsstücken und Schuhwaren gestohlen zahlreiche goldene Schmucksachen und Juwelen, und zwar ein Platinhalsschmuck mit drei Brillanten, eine goldene Damenuhrkette mit einem Brillanten, eine goldene Damenarmbanduhr, eine goldene Damenuhr, die als Halsschmuck getragen wird, zwei Brillantringe, zwei goldene Trauringe, gezeichnet A. M. und M. M., zwei goldene dreikapselige Herrenuhren, vier Zwanzig- und sechs Zehnmarkstücke, ein Zwanzigfrankstück, mehrere Rubel- und Dollarstücke. Der Gesamtwert der gestohlenen Sachen wird von dem Geschädigten auf 80 Millionen Mark veranschlagt. Von den Einbrechern fehlt noch jede Spur.

Anläßlich der Pariser Entscheidung über die Ostgrenzen Polens fand am Sonntag vormittag um 10 Uhr in der Pfarrkirche ein Festgottesdienst mit Absingung des Tedeums statt. Um 12 Uhr nahm General Raszewski vor dem Schlosse einen Truppenvorbeimarsch ab. Die öffentlichen und zahlreiche Privatgebäude trugen aus diesem Anlaß Flaggenschmuck.

Erhöhung der Verbrauchssteuern. Der Ministerrat hat beschlossen, die Spiritusverbrauchssteuer von 2500 M. auf 10 000 M. das Liter zu erhöhen. Die Bierverbrauchssteuer, die bisher 20 M. das Liter 4prozentigen Bieres betrug, ist auf 150 M. erhöht worden. Die Zuckerverbrauchssteuer erfuhr eine Erhöhung von 600 M. auf 1500 M. Vorräte von mehr als 5 Litern Spiritus und 100 Kilogr. Zucker, die sich im Besitz von Kaufleuten oder Privatpersonen befinden, unterliegen einer Zusatzbesteuerung. Für nichteingereichte Zusatzerklärungen bezüglich dieser Vorräte drohen strenge Strafen.

Die Konsularabteilung der lettländischen Legation in Polen bittet uns um die Veröffentlichung folgender Mitteilung: „Vom 22. Juli bis zum 5. August d. Js. findet in Riga die dritte Internationale Landwirtschafts- und Industrieausstellung mit den Rechten einer Mustermesse statt. Prospekte und nähere Auskünfte: 1. Riga, Börsenhaus, Jzstäde, 2. Warschau, Lettländisches Konsulat, Fredry-Str. 12, Hotel Brühl.

Nach Posen zurückgekehrt ist Sonntag früh mit dem Warschauer Zuge die Posener Polizeiabteilung, die an der Besetzung des Polen zugesprochenen Teiles der polnisch-litauischen neutralen Zone teilgenommen hatte. Der Polizeikommandant des Posener Bezirks, Dr. Has, hielt an die Zurückkehrenden eine Ansprache, in der er ihre Verdienste um das Vaterland betonte und ihnen für die gewissenhafte und eifrige Erfüllung ihrer Pflichten dankte. Die Polizeitruppen nahmen auch an dem Vorbeimarsch vor dem Schlosse teil. Die Polizeibeamten kehren nach einem zweiwöchigen Urlaub zu ihrem Dienst zurück.

Bach-Beethoven-Abend. Auf das Konzert der Geigerin Irena Dubiska und des Pianisten Claude Arrau, das heute (Montag) im Saal des Evangelischen Vereinshauses stattfindet, sei nochmals aufmerksam gemacht. Das Programm des Konzertes enthält Werke von Bach und Beethoven, darunter die Kreutzer-Sonate.

Großes Theater. Am Dienstag, dem 20. März, findet eine Balletterstaufführung statt. Das Programm des Abends setzt sich zusammen aus dem einaktigen Ballett „Mit dem Frühling“ von Goldberger, einem orientalischen Ballett unter dem Titel „Das Lebenslied“ (Musik von Tschajkowski), Luigini und anderen) und einem großen Ballettdivertissement. Künstlerischer Leiter des Abends ist Ballettmeister Morawski, das Orchester steht unter Leitung von Kapellmeister Tyllia. — Auch am Mittwoch dieser Woche werden Tanzdarbietungen künstlerischer Art zu sehen sein: Der Theaterdirektion ist es gelungen, das russische Tänzerpaar Kirsanowa-Fortunato, das am Sonntag mit großem Erfolg im Apollosaal auftrat, für ein einmaliges Gastspiel im Großen Theater zu gewinnen. Dieses Gastspiel wird am Mittwoch, dem 21. März, stattfinden. Daher wird an diesem Abend statt der angekündigten „Pique Dame“ die „Fledermaus“ von Johann Strauß gegeben werden. Das russische Tänzerpaar wird sich an der Ballszene des zweiten Aktes mit einem vielversprechenden Programm beteiligen. Die Preise der Plätze für diesen Abend sind nicht erhöht. — Am Sonnabend dieser Woche findet die erste Wiederaufführung von Wagners „Walküre“ statt. Die musikalische Leitung führt Direktor Stermich, Spielleitung Herr Tarnawski. — Vorverkauf der Eintrittskarten in der Zigarrenhandlung von Górski (Hotel Monopol).

Miljonówka. In der letzten Ziehung gewann das Los Nr. 4915 388 das von der Postsparkasse in Warschau gekauft wurde.

X **„Rasch tritt der Tod den Menschen an“.** Auf einer Wiese zwischen Golentchin und Lawica wurde gestern der Landwirt August Schulz aus Biskupitz tot aufgefunden. Er ist aller Wahrscheinlichkeit nach einem Herzschlage erlegen.

Schwere Strafe für Wohnungswucher. In Lemberg ist am Sonnabend ein Hausbesitzer namens Sprecher wegen Wohnungswuchers zu 2 Monaten strengen Arrests, zu 2 Millionen Geldstrafe, ferner zur Zahlung von 30 Millionen Mark für den Fiskus und den Kosten der Veröffentlichung des Urteils im „Słowo Polskie“ und in der „Gazeta Lwowska“ verurteilt worden. Außerdem muß das Urteil am Haustor des Sprecherschen Grundstückes 14 Tage lang aushängen.

X **Verirrtes Kind.** Gestern wurde auf der św. Marcin (früher St. Martinstr.) ein etwa dreijähriger Knabe, der nur seinen Vornamen Tadeusz anzugeben vermag, umherirrend angetroffen und schließlich dem Stadtkrankenhause zugeführt. Das Kind hat hellblondes Haar und ist bekleidet mit schwarzem Mantel, rotem Hütchen und schwarzen Schnürschuhen.

---

p. Schroda, 19. März. (Privattelegr.) Gestern wurde in dem Dorfe Bozydar hiesigen Kreises der Landwirt Jaskula in seiner Behausung von zwei Banditen überfallen. Er hatte beobachtet, daß zwei junge Leute in seine Scheune eindrangen, um dort zu stehlen. Es gelang ihm, beide auf frischer Tat zu überraschen und den einen festzuhalten, während der zweite, um das zu verhindern, auf ihn mit einem Revolver einschlug. Nunmehr kam die Frau Jaskula herbei; ehe diese jedoch eingreifen konnte gab der zweite Bandit auf deren Ehemann zwei Schüsse ab, die ihm die Lunge durchbohrten; dann flüchteten sie. Der sofort aus Santomischel herbeigerufenen Polizei gelang es, die beiden Täter in den beiden Söhnen eines nicht unbegüterten Landwirts aus Bozydar, dem 25jährigen Anton und dem 18jährigen Vinzent Silski zu ermitteln und festzunehmen. Sie wurden nach Posen übergeführt. Der schwerverletzte Landwirt wird heute in ein Posener Krankenhaus übergeführt werden.

mh Wronke, 18. März. Donnerstag abend brannte im nahen Lubowo die Machandersche Wirtschaft ausschl. Wohnhaus vollständig nieder. Mitverbrannt sind vier Pferde, nur edle Tiere, acht Stück Rindvieh, der sämtliche Viehbestand, sämtliche Schweine, Hühner und zwei Ziegen des Einwohners, sowie fast das gesamte Ackergerät und Wagen. Auch Getreide und Vorräte, sowie große Mengen Futtermittel wurden ein Raub der Flammen. Der Besitzer ist zurzeit abwesend. Das Feuer war in der Scheune entstanden. Über die Entstehungsursache ist noch nichts bekannt.

p. Wronke 18. März. (Privattelegramm.) Vergangene Nacht wurden in Warschau bei Wronke einem Besitzer zwei Kutschgeschirre mit blauem Beschlag und großen Tellern mit Pferdeköpfen am Zaumzeug, und vier Arbeitsgeschirre im Werte von vier Millionen Mark gestohlen.

Handel, Gewerbe und Verkehr.

= **Der Schlußtermin des Verkaufs von Obligationen der achtprozentigen Goldanleihe** ist durch eine Verfügung des Finanzministers vom 15. März auf den 1. April d. Js. verschoben worden.

= **Noch eine Ausstellung mehr.** Die Ostmessenleitung hat beschlossen eine Ausstellung polnischer Industrieerzeugnisse in Czernowitz zu organisieren. Die Eröffnung der Ausstellung ist auf den 15. April festgelegt worden. Die Teilnahme an der Ausstellung wird den polnischen Produzenten sicherlich große Vorteile bringen. Alle näheren Auskünfte erteilt die „Reklama Polska“, die ihre Geschäftsordnung Aleje Marcinkowskiego 6 hat.

= **Landwirtschaftliche Zentral-Darlehnskasse für Deutschland, Berlin.** Die Generalversammlung genehmigte die Umwandlung des Namens in „Deutsche Raiffeisen-Bank A.-G. in Berlin“. Zugleich wurde beschlossen, das Kapital von 100 Mill. Mark auf zwei Milliarden Mark zu erhöhen, und zwar unter Aufhebung eines früheren Generalversammlungsbeschlusses und des ursprünglichen Antrages der Verwaltung. Da bereits eine Milliarde Mark von den angeschlossenen Vereinen gezeichnet worden ist, wird die Kapitalserhöhung auch dadurch erforderlich, daß nach der heutigen Statutenänderung nunmehr ein Viertel der Mitglieder Betriebsgenossen und Handelsgesellschafter sein dürfen. Die Verwaltung rechnet mit einer vorläufigen Mindestzeichnung von 1½ Milliarden Mark. Die Höchstdividende der Aktien beträgt nach der heutigen Gesetzgebung 5 Prozent.

Amtliche Notierungen der Posener Getreidebörse vom 19. März 1923.

(Ohne Gewähr.)

(Die Großhandelspreise verstehen sich für 100 Kg. bei sofortiger Waggon-Lieferung.)

Weizen	180 000—200 000	Wicken	120 000—140 000
Roggen	89 000— 97 000	Felderbsen	110 000—130 000
Braugerste	85 000— 90 000	Viktoriaerbsen	160 000—180 000
Hafer	111 000—116 000	Peluschken	130 000—150 000
Weizenmehl	290 000—315 000	Serradella	220 000—280 000
Roggenmehl (inkl. Säcke)	168 000—178 000	Buchweizen	110 000—120 000
		Blaue Lupinen	90 000—130 000
Weizenkleie	50 000	Gelbe Lupinen	90 000—130 000
Roggenkleie	48 000	Fabrikkartoffeln	9 000— 10 000

Tendenz fortdauernd schwach.

Danziger Mittagskurse vom 19. März.

Die polnische Mark in Danzig .. 51½—52

Der Dollar in Danzig ..... 20 750—21 250

Warschauer Börse vom 17. März.

Devisen:

Belgien	2240	Paris	2580—2575—2600
Berlin	2.05—1 97½	Prag	1220
Danzig	2.05—1.97½	Schweiz	7710—7700
London	192000—193000—192500	Wien	63—6325—6250
Neuyork	40 850—41 000	Holland	1990

Hauptschriftleitung: Dr. Wilhelm Loewenthal.
Verantwortlich für Polen und Oststaaten: Dr. Wilhelm Loewenthal; für den übrigen politischen Teil sowie für Handel und Wirtschaftszeitung: Dr. Martin Meister; für Lokal- und Provinzialzeitung: Rudolf Herbrechtsmeyer; für den übrigen unpolitischen Teil: Dr. Wilhelm Loewenthal; für den Anzeigenteil: M. Grundmann. — Druck und Verlag der Posener Buchdruckerei und Verlagsanstalt T. A., sämtlich in Posen.

Bekanntmachung,

betreffend die Ausübung des Bezugsrechtes auf Mark 57 000 000,— neuer Stammaktien der

Cukrownia Kujawy Tow. Akc.

Zuckerfabrik Kujavien

in Janikowo.

Die am 18. Oktober 1922 stattgehabte ordentliche Generalversammlung unserer Gesellschaft hat beschlossen, das Grundkapital von Mk. 3 000 000,— auf Mk. 60 000 000,— durch Ausgabe von Inhaberaktien über je Mk. 1 000,— Nennwert zu erhöhen. Es werden Aktienmäntel zu Mk. 100 000,— Mk. 20 000,— und Mk. 1 000,— ausgegeben.

Die beschlossene und mit Genehmigung der Ministerien der Finanzen und des Handels durchgeführte Erhöhung des Grundkapitals ist in das Handelsregister des Kreisgerichts in Inowrocław eingetragen worden.

Die neuen Aktien nehmen am Reingewinn vom 1. August 1922 ab voll teil. Sie sind unter Anschluß des gesetzlichen Bezugsrechtes der alten Aktionäre gemäß § 282 des Handelsgesetzbuches auf Grund der Ermächtigung der Generalversammlung an ein unter Führung des Vorstandes der Gesellschaft stehendes Konsortium begeben worden, mit der Verpflichtung davon:

1. Mk. 36 000 000,— Nennwert zum Erwerb der Aktienmajorität der Zuckerfabrik Tuczno und zur Sicherung langjährig garantierter Rübenanbauflächen der Zuckerfabriken Janikowo, Pakość und Tuczno zu verwenden;
2. Mk. 21 000 000,— Nennwert den Besitzern der alten Stammaktien zum Kurse von 300 % gegen sofortige Vollzahlung anzubieten.

Demgemäß fordern wir hierdurch namens des obenerwähnten Konsortiums die bisherigen Stammaktionäre unserer Gesellschaft auf, das Bezugsrecht unter folgenden Bedingungen geltend zu machen:

1. Das Bezugsrecht ist bei Vermeidung des Verlustes

bis 15. April 1923 einschließlich

in Janikowo und Pakość bei den Fabrikkassen der Zuckerfabrik Kujavien,

in Poznań bei der Bank Cukrownictwa,

in Berlin bei der Deutschen Bank

auszuüben.

2. Auf **eine** Stammaktie Mk. 1000,— Nennbetrag können **sieben** neue Stammaktien über je Mk. 1000,— Nennbetrag zum Kurse von 300 % gegen sofortige Vollzahlung bezogen werden.
3. Bei Ausübung des Bezugsrechtes sind die alten Aktien — ohne Dividendenbogen — zur Abstempelung einzureichen und werden abgestempelt nebst Bescheinigung zurückgegeben.
4. Die neuen Aktien werden nach Fertigstellung gegen Rückgabe des mit Einzahlungsvermerk versehenen Anmeldescheines bei den obengenannten Stellen ausgehändigt. Die Bezugsstellen sind berechtigt, aber nicht verpflichtet, die Legitimation des Vorzeigers des Anmeldescheines zu prüfen.
5. Für den Bezug der neuen Aktien in Deutschland gelten die Vorschriften des Finanzministeriums in Warschau.

Janikowo, Kr. Inowrocław, den 15. April 1923.

Cukrownia Kujawy T. A.

Zuckerfabrik Kujavien.